

Willi Brase, MdB

Grußwort zur Veranstaltung „Sozialisierung der Ökonomie versus Ökonomisierung des Sozialen. Sozialunternehmen, Genossenschaften und ihr Beitrag zur Zivilgesellschaft.“

Sozialunternehmen und Genossenschaften sind zwei Wirtschaftsformen, die einem in der Regel nicht sofort einfallen, wenn über Akteure im Bürgerschaftlichen Engagement gesprochen wird. Während laut Koalitionsvertrag dieser Legislaturperiode soziale Innovationen von Sozialunternehmen als unterstützenswert bezeichnet werden, wurden mit Blick auf Genossenschaften Veränderungen vereinbart. Deshalb freut es mich sehr, dass im Rahmen dieser Veranstaltung auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion beide Wirtschaftsformen weiter in den Fokus gerückt werden.

Unternehmerischen Initiativen wie zum Beispiel Dorfläden, Kitas und Energievorhaben soll die Gründung erleichtert werden. Neben meiner Funktion als Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement bin ich Mitglied im Ausschuss Ernährung und Landwirtschaft. Dort bin ich für die SPD-Fraktion der zuständige Berichterstatter für die Entwicklung ländlicher Räume.

Für uns sind ländliche Räume Zukunftsräume, in dem u. a. auch die Versorgung mit dem Nötigsten gewährleistet sein muss. Häufig sind die bürgerschaftlich organisierten Dorfläden ein Ersatz für die fehlende Nahversorgung durch reguläre Unternehmen. Ursache für ihren Rückzug ist die demografische Entwicklung und die „Landflucht“ vieler Menschen – der Umsatz stimmt nicht mehr. Es ist keine bewusste Alternative für die bestehende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, sondern Teil einer Versorgungskultur zur Steigerung der Attraktivität ländlicher Räume. Dabei schaffen diese Dorfläden Raum für Kommunikation, Beisammensein und Geselligkeit. Weitere Dienstleistungen wie Arztprechstunden, Erledigung von Amtsgeschäften der öffentlichen Verwaltung und ähnliches werden häufig mit auf den Weg gebracht.

Es braucht Rechtsformen, die handhabbar und unbürokratisch sind. Die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Auftrag gegebene Studie „Potenziale und Hemmnisse von unternehmerischen Aktivitäten in der Rechtsform der Genossenschaft“ bestätigt den Handlungsbedarf: Für bestimmte kleinere Initiativen aus dem bürgerschaftlichen Engagement – nämlich für solche, bei denen ein wirtschaftlicher Zweck im Vordergrund steht – scheint es derzeit keine passende Rechtsform zu geben. Die Studienverfasser geben keine konkreten Empfehlungen für den Gesetzgeber an. Auch in der Diskussion mit den Verbänden lässt sich keine einheitliche Linie erkennen. Ich bin gespannt auf die Regelungsvorschläge, die derzeit

im Bundesministerium der Justiz und für den Verbraucherschutz auch unter Berücksichtigung der Studie erarbeitet werden. Diese werden wir dann auch im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement diskutieren.

***Willi Brase** ist Mitglied des Bundestages und Vorsitzender des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement« im Deutschen Bundestag.*

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: 030 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de